

No. 35109

**Germany
and
Lithuania**

Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol and exchange of notes). Bonn, 28 February 1992

Entry into force: *27 June 1997 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Lithuanian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 10 September 1998*

**Allemagne
et
Lituanie**

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lituanie relatif à l'encouragement et la protection réciproque des investissements (avec protocole et échange de notes). Bonn, 28 février 1992

Entrée en vigueur : *27 juin 1997 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et lituanien*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 10 septembre 1998*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Litauen
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Litauen –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

b) in bezug auf die Republik Litauen: natürliche Personen, die die litauische Staatsangehörigkeit besitzen;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Litauen: jedes Unternehmen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, das seinen Sitz im litauischen Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob seine Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Beteiligung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Ent-

schädigung wird am Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus derjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesell-

schaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet nach dem 29. Dezember 1990 vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(8) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wien ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von fünfzehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkräftretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkräftretens des Vertrags an.

Artikel 1 bis 12 noch für weitere hundert Jahre vom Tag des Außerkräftretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 28. Februar 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Hans-Dietrich Genscher

Für die Republik Litauen

Vytautas Aleškaitis

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiedaranlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Paß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

Für die Anwendung von Artikel 5 durch die Republik Litauen wird folgendes vereinbart:

- a) Während einer Übergangszeit von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird die Republik Litauen alle Anstrengungen unternehmen, die für den freien Transfer erforderlichen Devisen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für den Transfer von Erträgen. Unabhängig davon sind Entschädigungen nach Artikel 4 dieses Vertrags frei transferierbar.
- b) Nach Ablauf der unter Buchstabe a genannten Übergangszeit gilt Artikel 5 uneingeschränkt.

(6) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines vollständig gestellten und formgerechten Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 28. Februar 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Hans-Dietrich Genscher

Für die Republik Litauen

Vytėnis Aleškaitis

[LITHUANIAN TEXT — TEXTE LITUANIEN]

Lietuvos Respublikos
ir Vokietijos Federacinės Respublikos
Sutartis
dėl kapitalo investicijų
skatinimo ir jų abipusės apsaugos

Lietuvos Respublika
ir
Vokietijos Federacinė Respublika.

- norėdamos gilinti ekonominį abiejų šalių bendradarbiavimą,
- siekdamos sukurti palankias sąlygas vienos valstybės piliečių ar (monių) kapitalo investicijoms kitos valstybės teritorijoje,
- pripažindamos, kad šių kapitalo investicijų skatinimas ir sutartinis pagrįsta jų apsauga pagyvina privačią iniciatyvą ekonomikoje bei prisideda prie abiejų tautų gerovės,
- susitaria:

1 straipsnis

Šioje sutartyje:

1. Sąvoka „kapitalo investicijos“ apima bet kurios rūšies turines vertybes, ypač:
 - a) kintamojo ir nektinamojo turto nuosavybę, taip pat kitas turines teises, tokias kaip ipotekos ir užstatai;
 - b) įmonės dalininko teises ir kitas dalyvavimo įmonėje formas;
 - c) pretenzijas į pinigus, kuriuos vartojant buvo sukurta ekonominė vertė, arba pretenzijas į veiklą, turinčią ekonominę vertę;
 - d) teises į intelektualinę nuosavybę, ypač autorinę teisę, patentus, išradimus, pramoninius pavyzdžius ir modelius, firminius ir prekių ženklus, gamybos ir verslo paslaptis, techninius metodus, Know-how ir Goodwill (gerą valią);
 - e) teisinės koncesijas, įskaitant paleškos ir gavybos koncesijas;
2. Sąvoka „pajamos“ apibūdina sumas, kurios atitenka per tam tikrą laiką investuotam kapitalui, pvz.: palno dalys, dividendai, procentai, atlyginimai pagal licenciją ir kt.

3. Sąvoka „pilietis“ reiškia:

- a) Lietuvos Respublikos atžvilgiu: asmenį, turintį Lietuvos Respublikos pilietybę;

- b) Vokietijos Federacinės Respublikos atžvilgiu: vokiečius pagal Vokietijos Federacinės Respublikos Konstituciją.

4. Sąvoka „monė“ reiškia:

- a) Lietuvos Respublikos atžvilgiu: kiekvieną įmonę, turinčią juridinio asmens teises arba veikiančią kaip fizinis asmuo, kurios buveinė yra Lietuvos Respublikos teritorijoje, nepriklausomai nuo to, ar ji savo veiklą vykdo patino, ar ne;
- b) Vokietijos Federacinės Respublikos atžvilgiu: kiekvieną juridinį asmenį, kiekvieną prabybos įmonę ar bet kurią bendrovę, arba susivienijimą, tiek turintį juridinio asmens teises, tiek ne, ir kurių buveinė yra Vokietijos Federacinės Respublikos teritorijoje, nepriklausomai nuo to, ar jie savo veiklą vykdo patino, ar ne.

2 straipsnis

1. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių pagal išgalės skatinis savo teritorijoje kitos Susitariančiosios šalies piliečių ar (monių) kapitalo investavimą ir teisiškai investuoti pagal savo šalies teisės norminius aktus. Bet kuriuo atveju kapitalo investicijos bus traktuojamos tik teisingai ir įstatymškai.
2. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių jokiais būdais nediskriminuos savo teritorijoje esančių kitos Susitariančiosios šalies piliečių ar (monių) ir savavališkai netrukdyti jiems valdyti kapitalo investicijas, naudoti ir disponuoti jomis.

3 straipsnis

1. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių savo teritorijoje kapitalo investicijas, pridedančias kitos Susitariančiosios šalies piliečiams ar (monėms) arba jų valdomoms, traktuoja ne mažiau palankiai negu savo valstybės arba trečiųjų valstybių piliečių ar (monių) kapitalo investicijas.
2. Kiekviena Susitariančioji šalis savo teritorijoje užtikrina kitos Susitariančiosios šalies piliečiams ar (monėms) ne mažiau palankias sąlygas su kapitalo investavimu, sąlygas nei savo piliečiams ar (monėms) arba trečiųjų valstybių piliečiams ir (monėms).
3. Ši nuostata netaikoma lengvatoms, kurias viena iš Susitariančiųjų šalių teikia trečiųjų valstybių piliečiams ar (monėms) dėl jų narystės arba dalyvavimo asocijuotųjų narių teisėmis multų arba ekonominėje sąjungoje, bendroje rinkoje arba laisvos prekybos zonoje.
4. Šio straipsnio nuostatos netaikomos lengvatoms, kurias viena iš Susitariančiųjų šalių teikia trečiųjų valstybių piliečiams ar (monėms), remdamasi sutartimi dėl dvigubo apmokestinimo ar kitų su mokesčiais susijusių sutartimų.

4 straipsnis

1. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių savo teritorijoje užtikrina gylimą ir garantijas kitos Susitariančiosios šalies piliečių ar (monių) kapitalo investicijoms.
2. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių piliečių ar (monių) kapitalo investicijos kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje gali būti konfiskuojamos, nacionalizuojamos arba joms taikomos kitos priemonės, prilygtančios konfiskavimui arba nacionalizavimui tik visuomenės labui ir tik atlyginimai. Kompensacijos dydis turi atitikti konfiskuotų kapitalo investicijų vertę tuo momentu, kai buvo oficialiai paskelbta apie teisiską arba gresiantį konfiskavimą, nacionalizavimą arba joms prilygtančias kitas priemones. Kompensacija turi būti sumokėta nedelsiant ir jai būtina nustatyti įprastinę banko palūkanų normą iki mokėjimo termino; turi būti suteikta

galimybė šia suma faktiškai disponuoti ir laisvai ją perversi. Konfiskavimo, nacionalizavimo arba kitos tolygios veiklos taikymo momentu turi būti tinkamu būdu iš anksto pasinipinta kompensacijų nustatymu ir sumokėjimu. Turi būti suteikta galimybė teisine tvarka patikrinti konfiskavimo, nacionalizavimo ar tolygios veiklos teisėtumą ir kompensacijos dydį.

3. Jei vienos iš Susitariančiosios šalies piliečiai ar įmonės dėl karo ar kitų ginkluotų konfliktų, revoliucijų, ypatingos valstybinės padėties arba suirutės patiria kapitalo investicijų nuostolius kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje, tai pirmoji Susitariančioji šalis dėl žalos atlyginimo, piniginių kompensacijų, nuostolių padengimo ir kitų kompensavimo būdų turi sulaukti ne mažesnio palankumo nei kitos Susitariančiosios šalies piliečiai ar įmonės. Tokias įmokas turi būti galima laisvai perversi.

4. Šiame straipsnyje nurodytais atvejais vienos Susitariančiosios šalies piliečiai ar įmonės naudojasi kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje didžiausio palankumo statusu.

5 straipsnis

Kiekviena Susitariančioji šalis garantuoja kitos Susitariančiosios šalies piliečiams ar įmonėms galimybę laisvai perversi mokėjimus, susijusius su kapitalo investicijomis, ypač:

- kapitalo ir papildomų sumų, skirtų kapitalo investicijų pastoviai apimčiai išlaikyti arba jai padidinti;
- pejamų;
- paskotų grąžinimo;
- įplaukų, susidarusių visiškai ar iš dalies likvidavus kapitalo investicijas arba jas pardavus;
- ketvirtajame straipsnyje numatytų kompensacijų.

6 straipsnis

Jeigu viena iš Susitariančiųjų šalių antrosios Susitariančiosios šalies teritorijoje esantiems savo valstybės piliečiams arba įmonėms išmoka jos teritorijoje esančių kapitalo investicijų garantuojamas sumas, tai ši antroji Susitariančioji šalis pripažįsta – napažaisdama 10 straipsnyje numatytą pirmosios šalies teisę, – kad visos šių piliečių ar įmonių teisės ir pretenzijos perduodamos pagal įstatymą arba remiantis teisiniu sandoriu pirmajai Susitariančiajai šaliai. Be to, kita Susitariančioji šalis taip pat pripažįsta, kad pirmoji Susitariančioji šalis įgyja visas teises ir pretenzijas (perduotas pretenzijas), kuriomis gali disponuoti tokiu mastu, kaip ir prieš tai buvęs savininkas. Įmokų pervedimams, susijusiems su pretenzijų perdavimu, galioja atitinkamai 4 straipsnio 2 ir 3 dalyje ir 5 straipsnis.

7 straipsnis

1. Lėšos pagal 4 straipsnio 2 ir 3 dalis, taip pat 5 ir 6 straipsnius pervedamos nedelsiant, remiantis tuo metu galiojančiu valiutos kursu.

2. Šis kursas turi atitikti kryžminį kursą (cross rate), gautą pagal perskaičiavimo kursus, kuriais mokėjimo momentu remtųsi Tarptautinis valiutos fondas, perskaičiuodamas atitinkamas valiutas pagal SDR (SPECIAL DRAWING RIGHTS).

8 straipsnis

1. Jeigu iš vienos iš Susitariančiųjų šalių teisiinių nuostatų arba iš tarptautinių teisiųjų įsipareigojimų, kuriuose yra prisiemusios arba ateityje prisiems Susitariančiosios šalys greta šio Sutarties, išplaukia bendra arba speciali nuostata, pagal kurią kitos Susitariančiosios šalies piliečių arba įmonių investicijoms taikomos

palankesnės sąlygos, negu kad yra numatyta šioje Sutartyje, tai tokia nuostata šioje Sutartyje atžvilgiu galioja pirmumo teise tiek, kiek ji yra naudingesnė.

2. Kiekviena Susitariančioji šalis laikysis visų kitų įsipareigojimų, kuriuos ji priėmė ryšium su kitos Susitariančiosios šalies piliečių ar bendrovių kapitalo investicijomis savo teritorijoje.

9 straipsnis

Ši sutartie taikoma kapitalui, kurį vienos Susitariančiosios šalies piliečiai ar įmonės, suderinę su kitos Susitariančiosios šalies taikytomis normomis, investavo tos valstybės teritorijoje po 1990 m. gruodžio 29 dienos.

10 straipsnis

1. Nesutarimus tarp Susitariančiųjų šalių dėl šio sutarties nuostatų taikymo reguliuoja, kiek įmanoma, abiejų Susitariančiųjų šalių vyriausybės.

2. Jeigu nesutarimas neišsprendžiamas šiuo būdu, tai, viena iš Susitariančiųjų šalių reikalaujant, gali būti kreiptasi į trečiųjų šalių.

3. Trečiųjų šalių teises šiuo atveju sudaromas taip: kiekviena Susitariančioji šalis pasirenka savo atstovą, ir šis atstovas susitaria dėl trečioiosios valstybės atstovo, kaip vyriausio arbitro, kurį skiria abiejų Susitariančiųjų šalių vyriausybės. Kai viena Susitariančioji šalis praneša kitai, kad dėl nesutarimo kreiptasi į trečiųjų šalių, per du mėnesius turi būti paskirti trečiųjų šalių teisio nariai, o per tris mėnesius – vyriausiasis arbitras.

4. Jei neišaiškoma terminų, numatytų 3 dalyje, ir nėra kito susitarimo, kiekviena Susitariančioji šalis turi teisę kreiptis į Tarptautinio teisimo rūmų prezidentą prašydama paskirti reikiamus asmenis. Jeigu prezidentas yra vienos iš Susitariančiųjų šalių pilietis arba dėl kitų priežasčių negali atlikti šių pareigų, šio darbo turi imtis viceprezidentas. Jeigu ir viceprezidentas yra vienos iš Susitariančiųjų šalių pilietis arba dėl kitų priežasčių negali atlikti šių pareigų, šias pareigas atlieka žemesnio rango Teismo rūmų narys, kuris nėra nė vienos iš Susitariančiųjų šalių pilietis.

5. Trečiųjų šalių teises sprendimus priima bėsu dauguma. Jo sprendimai yra privalomi. Kiekviena Susitariančioji šalis sprendžia savo atstovo dalyvavimo trečiųjų šalių teisme išlaidas; vyriausiojo arbitro dalyvavimo bei kitas išlaidas abi Susitariančiosios šalys dalijasi po lygiai. Trečiųjų šalių teismas turi teisę numatyti ir kitokių išlaidų pasidalijimą. Visais kitais klausimais trečiųjų šalių teismas savo darbo procesą nustato pats.

8. Kai abi Susitariančiosios šalys yra pasirašiusios 1965 m. kovo 18 d. konvenciją dėl investicijų ginčų reguliavimo tarp valstybių ir kitų valstybių piliečių, tai, atsižvelgiant į šios konvencijos 27 straipsnio 1 dalį, numatyta trečiųjų šalių teismas gali būti nesuderomas, jeigu iki to momento vienos ar kitos Susitariančiųjų šalių piliečiai arba įmonės susitaria pagal konvencijos 25 straipsnio nuostatas. Galimybė susitaikyti aukščiau minėtą trečiųjų šalių teismą lieka nepažeista ta atveju, kai yra nevykdomas minėtos Konvencijos (27 straipsnis) trečiųjų šalių teismo sprendimas arba kai pagal šios Sutarties 6 straipsnį remiantis įstatymu ar teisiniu sandoriu perkeldžiamas teises.

11 straipsnis

1. Nesutarimai dėl kapitalo investicijų tarp vienos iš Susitariančiųjų šalių ir kitos Susitariančiosios šalies piliečio ar įmonės turi

būti sprendžiami, jeigu įmanoma, taikiai (be teismo).

2. Jeigu nesutarimas nesureguliuojamas per 6 mėnesius nuo tos dienos, kai apie jį paskelbė viena iš ginčo šalių, tai, kitos Susitariančiosios šalies pillečiui arba įmonei reikalaujant, jis gali būti pateiktas trečiųjų teismui. Jeigu ginčo šalys nėra susitarusios kitaip, tada taikomos 10 straipsnio 3-5 dalys, su sąlyga, kad trečiųjų teismo narius skiria ginčo šalys pagal 10 straipsnio 3 dalį. Kai nesilaikoma 10 straipsnio 3 dalyje nurodytų terminų, kiekviena ginčo šalis, jeigu nesutariama kitaip, gali prašyti Tarptautinių prekybos rūmų Paryžiuje Trečiųjų teismo prezidentą skirti tam reikalingus pareigūnus. Teismo sprendimas vykdomas, vadovaujantis Susitariančiųjų šalių vidaus teise.

3. Ginče dalyvaujanti Susitariančioji šalis teismo proceso ar teismo sprendimo vykdymo metu neprotestuoja, kad kitos Susitariančios šalies pillečis ar įmonė gavo draudimo dalinę ar visą kompensaciją už žalą.

4. Jeigu abi Susitariančios šalys yra pasirašiusios 1965 m. kovo 18 d. konvenciją dėl investicinių ginčų reguliavimo tarp valstybių ir kitų valstybių pillečių, tai nesutarimai tarp ginčo šalių pagal šį straipsnį perduodami trečiųjų teismui pagal nurodytą konvenciją, nebent ginčo šalys susitaria kitaip; kiekviena Susitariančioji šalis pareškia sutikimą dalyvauti tokiaame procese.

12 straipsnis

Ši sutartis galioja neatsižvelgiant į tai, ar egzistuoja tarp Susitariančiųjų šalių diplomatiniai arba konsuliniai santykiai ar ne.

13 straipsnis

1. Ši sutartis turi būti ratifikuota; ratifikavimo dokumentais pasikeičiama kuo greičiau Viniuje.

2. Ši sutartis įsigalioja, praėjus mėnesiui po to, kai pasikeičiama ratifikavimo dokumentais. Ji galioja 15 metų; praėjus šiam laikui, sutartis lieka galioti neribotą laiką, jeigu kuri iš Susitariančiųjų šalių, likus 12 mėnesių iki jos galiojimo pabaigos, raštiškai nepraneša apie sutarties nutraukimą. Praėjus 15 metų, sutartis gali būti nutraukta bet kada, pranešus apie tai prieš 12 mėnesių.

3. Kapitalui, investuotam iki šios sutarties nutraukimo momento, 1-12 straipsniai galioja dar 15 metų po sutarties nutraukimo datos.

Pasirašyta 1992 vasario 28 Bonoje Parengti 2 originalai: vienas – lietuvių, kitas – vokiečių kalba, abu turi vienodą teisinę galią.

Vokietijos Federacinės Respublikos vardu
Hans-Dietrich Genscher

Lietuvos Respublikos vardu
Vytenis Aleškaitis

Protokolas

Pasirašant Lietuvos Respublikos ir Vokietijos Federacinės Respublikos sutartį dėl kapitalo investicijų skatinimo ir jų apibūsinę apsaugos, pasirašiusieji [galiotieji] asmenys susitarė dėl šių papildomųjų nuostatų, kurios galioja kaip sutarties sudedamosios dalys:

(1) Dėl 1 straipsnio

- a) Pajamoms, gautoms iš kapitalo investicijų, o jų pakartotinio investavimo atveju – ir šioms pajamoms, taikomos tos pačios garantijos, kaip ir kapitalo investicijoms.
- b) Kiekvienos iš Susitariančiųjų šalių piliečių laikomas asmuo, turintis atitinkamą Susitariančiosios šalies žinybų išduotą nacionalinį pasą, arba asmuo, kurio pilietybė gali būti nustatyta kitokiu būdu.

(2) Dėl 2 straipsnio

- a) Kapitalui, kurį yra investavę vienos iš Susitariančiųjų šalių piliečiai ar įmonės, pagal kitos Susitariančiosios šalies teisinės normas jos teritorijoje laikomos visos šios šalies sutarties garantijos.
- b) Ši sutartis taikoma ir ypatingai ekonominei zoni bei kontinentiniam šelfui, jeigu tarptautinė teisė leidžia Susitariančiajai šaliai realizuoti šiose teritorijose suverenias teises arba aukščiausiosios valdžios įgaliojimus.

(3) Dėl 3 straipsnio

- a) Šio 3 straipsnio 2 dalyje sąvoka „veikla“ reiškia visų pirma, bet ne vien tik kapitalo investicijų valdymą, naudojimą, disponavimą. „Mažesnis palankumas“ pagal 3 straipsnį visų pirma suprantamas: žaliavų ir pagalbinių medžiagų, energijos ir degalų, taip pat visų rūšių produkcijos ir gamybinų priemonių įsigijimo apribojimas, trukdymai realizuoti produkciją šalyje ir užsienyje bei kitos panašaus poveikio priemonės. Priemonės, kurių imamasi siekiant užtikrinti viešąją tvarką ir saugumą, tautos sveikatą ir dorovę, netaikomos „mažesniu palankumu“, numatytu 3 straipsnyje.
- b) 3 straipsnio nuostatos nepareigoja vienos Susitariančiosios šalies kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje gyvenantiems fiziniams asmenims ir joje esančioms įmonėms taikyti mokesčių lengvatas arba atleidimą nuo mokesčių pagal mokesčių įstatymus, galiojančią tik savo valstybės teritorijoje gyvenantiems fiziniams asmenims arba joje esančioms įmonėms.
- c) Susitariančiosios šalys pagal jų vidaus teisinės normas geranoriškai nagrinėja pateiktus pareiškimus dėl įvažiavimo ir buvimo šalyje kitos Susitariančiosios šalies piliečių, kurių įvažiavimas į šios šalies teritoriją susijęs su kapitalo investicijomis; ta pati tvarka taikoma vienos Susitariančiosios šalies darbuotojams, kuria nori įvažiuoti ir būti kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje, kad galėtų dirbti darbe, susijusį su kapitalo investavimu. Taip pat geranoriškai nagrinėjami pareiškimai dėl leidimo dirbti.

(4) Dėl 4 straipsnio

Galima reikalauti atlyginti nuostolius ir tuo atveju, jeigu valstybinėmis priemonėmis buvo kišamasi į įmonės veiklą, kuri yra kapitalo investicijų objektas, ir dėl to padaryta žymių ekonominių nuostolių.

(5) Dėl 5 straipsnio

Susitarta dėl 5 straipsnio taikymo Lietuvos Respublikoje:

- a) Trajų metų pereinamuoju laikotarpiu po šios sutarties įsigaliojimo Lietuvos Respublika stengsis sudaryti sąlygas valiutai laisvai pervesti, ypač pajamoms parvesti. Kompensacijos pagal šios sutarties 4 straipsnį turi būti laisvai pervedamos.

- b) Pasibaigus a punkte nurodytam pereinamajam laikotarpiui, 5 straipsnis galioja be apribojimų.

(6) Dėl 7 straipsnio

Pagal 7 straipsnio 1 dalį sąvoka pervesti „nedelsiant“ suprantama, kad lėšas pervesti būtina per tam tikrą terminą, reikalingą prastiesiems formalumams atlikti. Šis terminas prasideda pateikus išsamų atitinkamos formos pareiškimą ir jokių būdu negali viršyti 2 mėnesių laikotarpio.

- (7) Parvežant prekes ir vykstant asmenims, viena iš Susitariančiųjų šalių netrukdyt kitos Susitariančiosios šalies transporto įmonėms ir, jei reikia, duos leidimus pervedimams.

Čia kalbama apie pervedimus:

- a) prekių, tiesiogiai susijusių su kapitalo investicijomis, remiantis šia sutartimi, ar prekių, kurias reikia įsigyti įmonėms arba įmonių pavidimu vienos iš Susitariančiųjų šalių teritorijoje arba trečiojoje valstybėje, kuriose investuotas turtas;
- b) asmenų, vykstančių kapitalo investicijų reikalais.

Pasirašyta 1992 vasario 28 Bonoje Paruošti 2 originalai: vienas – lietuvių, kitas – vokiečių kalba, abu turį vienodą teisinę galią.

Vokietijos Federacinės Respublikos vardu
Hans-Dietrich Genscher

Lietuvos Respublikos vardu
Vytenis Aieškaitis

[Exchange of notes -- Échange de notes]

I

[Lithuanian text -- Texte lituanien]

Didžiai gerbiamas pone Ministre,

remdamasis šiandien pasirašyta Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos sutarimi dėl investicijų skatinimo ir jų abipusės apsaugos, turiu garbės pareikšti, kad derybų metu buvo pasiektas toks papildomas susitarimas:

Nepaisant 9 straipsnio nuostatų, sutartis taip pat galioja kapitalo investicijoms, kurias vienos Susitariančios šalies piliečiai ir įmonės padarė kitos Susitariančios šalies teritorijoje iki 1990 metų gruodžio 29 dienos, jei tos kapitalo investicijos atitinka tos Susitariančios šalies teisinės nuostatas. Tai reiškia ypač, kad investicijos turi būti įregistruotos Lietuvos Respublikoje.

Būčiau dėkingas, jei Jūs patvirtintumėte šį susitarimą.

Leiskite, didžiai gerbiamas pone Ministre, užtikrinti Jus kuo giliausia savo pagarba.

Vytenis Aleškaitis

Tarptautinių ekonominių santykių Ministras

Jo Ekselencijai

Vokietijos Federacinės Respublikos Užsienio reikalų Ministrui

ponui Hans-Dietrich Genscher

Bonn

German text -- Texte allemand

Sehr geehrter Herr Minister,

Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während der Verhandlungen zusätzlich Einvernehmen über folgendes erzielt wurde:

Abweichend von der Bestimmung des Artikels 9 gilt der Vertrag auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei schon vor dem 29. Dezember 1990 vorgenommen haben, wenn diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei stehen. Dies bedeutet insbesondere, daß Investitionen in der Republik Litauen registriert sein müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einvernehmen bestätigen würden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Vytenis Aleškaitis

Minister für Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Seiner Exzellenz

dem Bundesminister des Auswärtigen

Herrn Hans-Dietrich Genscher

Bonn

II

[German text -- Texte allemand]

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, den 28. Februar 1992

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang der Note der Regierung der Republik Litauen vom 28. Februar 1992 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

Ich beehre mich, unter Bezug auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während der Verhandlungen zusätzlich Einvernehmen über folgendes erzielt wurde:

Abweichend von der Bestimmung des Artikels 9 gilt der Vertrag auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei schon vor dem 29. Dezember 1990 vorgenommen haben, wenn diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei stehen.

Dies bedeutet insbesondere, daß Investitionen in der Republik Litauen registriert sein müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einvernehmen bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Dietrich Genscher

An den

Minister für Internationale Wirtschaftsbeziehungen
der Republik Litauen
Herrn Vyteris Aleškaitis

III

[Lithuanian text -- Texte lituanien]

Didžiai gerbiamas pone Ministre,

sutarties pasirašymo tarp Lietuvos Respublikos ir Vokietijos Federacinės Respublikos dėl kapitalo investicijų skatinimo ir jų abipusės apsaugos proga, turiu garbės pranešti Jums štai ką:

Lietuvos Respublikos Vyriausybė, susipažinusi su tuo, kad kompetentingos Vokietijos Federacinės Respublikos įstaigos gali garantuoti priemones vokiečių kapitalo investicijoms Lietuvoje skatinti jau prieš sutarties įsigaliojimą, laikinai taikys sutartį nuo pasirašymo dienos. Šis pareiškimas daromas tikintis, kad Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė apsvarstys kapitalo investicijų Lietuvoje garantijų perėmimą dar prieš įsigaliojant sutartiai.

Leiskite, Jūsų Ekselencija, pareikšti mano didžiausią pagarbą.

Vytenis Aleškaitis
Tarptautinių ekonominių santykių ministras

Jo Ekselencijai
Vokietijos Federacinės Respublikos Užsienio reikalų Ministrui
ponui Hans-Dietrich Genscher
Bonn

[German text -- Texte allemand]

Sehr geehrter Herr Minister,

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Litauen und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Litauen wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Litauen schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Litauen schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Vytenis Aleškaitis
Minister für Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Hans-Dietrich Genscher
Bonn

IV

[German text -- Texte allemand]

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, 28. Februar 1992

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang der Note der Regierung der Republik Litauen vom 28. Februar 1992 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Litauen und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Litauen wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Litauen schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung gegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Litauen schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewährt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Dietrich Genscher

An den
Minister für Internationale Wirtschaftsbeziehungen
der Republik Litauen
Herrn Vytenis Aleškaitis

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE
REPUBLIC OF LITHUANIA CONCERNING THE ENCOURAGEMENT
AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania,
Desiring to intensify economic cooperation between both States,
Striving to create favourable conditions for investments by nationals or companies of
one State in the territory of the other State,

Recognizing that the encouragement of such investments and their protection on the
basis of a treaty are likely to stimulate private economic initiative and increase the prosper-
ity of both peoples,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty:

1. The term "investments" shall comprise all types of assets, in particular:

(a) Movable and immovable property, as well as other rights in rem such as mortgages,
liens and pledges;

(b) Shares in companies and other forms of participation in companies;

(c) Claims to money used to create an article of economic value, or claims to services
which have an economic value;

(d) Intellectual property rights, such as copyright, patents, utility models, industrial
patterns and models, trademarks, trade names, business and trade secrets, technical pro-
cesses, know-how and goodwill;

(e) Business concessions under public law, including prospecting and mining conces-
sions.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classifica-
tion as an investment.

2. The term "returns" shall mean those amounts yielded by an investment over a certain
period, such as percentages of profits, dividends, interest and licences or other fees.

3. The term "nationals" shall mean:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany:

Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

(b) In respect of the Republic of Lithuania:

Natural persons who possess Lithuanian nationality.

4. The term "companies" shall mean:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany:

Any juridical person, commercial or other company or association, with or without legal personality, having its seat in German territory, irrespective of whether or not its activities are profit-oriented;

(b) In respect of the Republic of Lithuania:

Any business undertaking, with or without legal personality, having its seat in Lithuanian territory, irrespective of whether or not its activities are profit-oriented.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory as far as possible promote investments made by nationals or companies of the other Contracting Party and shall permit these investments in accordance with its legislation. In every case it shall afford investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall prejudice in any way by means of arbitrary or discriminatory measures the management, employment, use or enjoyment of investments by nationals or companies of the other Contracting Party in its territory.

Article 3

(1) Each Contracting Party shall accord to investments in its territory that are the property or under the influence of nationals or companies of the other Contracting Party treatment that is no less favourable than that which it accords to investments of its own nationals and companies or investments of nationals or companies of third States.

(2) Each Contracting Party shall accord to nationals or companies of the other Contracting Party, in respect of their activities in connection with investments in its territory, treatment that is no less favourable than that which it accords to its own nationals and companies or nationals and companies of third States.

(3) This treatment shall not apply to prerogatives which a Contracting Party grants to the nationals or companies of third States by virtue of their membership of or association with a customs or economic union, common market or free-trade area.

(4) The treatment accorded in pursuance of this article shall not apply to privileges which a Contracting Party grants to the nationals or companies of third States under a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of a Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of a Contracting Party may not be expropriated, nationalized or subjected to other measures the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, save in the public interest and against compensation. Compensation must be equivalent to the value of the expropriated investment immediately preceding the date on which the actual or imminent expropriation, nationalization or comparable measure became publicly known. Com-

compensation must be paid promptly and shall bear interest at the usual bank rate until the day on which it is paid. It must be effectively realizable and freely transferable. Appropriate provision shall be made for the assessment and payment of compensation, no later than on the day on which the expropriation, nationalization or comparable measure occurs. The lawfulness of the expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation must be susceptible of review in proceedings by due process of law.

(3) Nationals or companies of a Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflicts, revolution, a state of national emergency or revolt, shall be accorded no less favourable treatment by the latter Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies with regard to restitution, settlements, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of a Contracting Party shall receive most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular:

- (a) Of the capital and additional amounts for maintaining or increasing the investment;
- (b) Of returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the complete or partial liquidation or sale of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in article 4.

Article 6

If a Contracting Party makes a payment to its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party, without prejudice to the rights of the first Contracting Party under article 10, shall recognize the assignment of all rights and claims of these nationals or companies to the first Contracting Party by virtue of law or a contract. The other Contracting Party shall further recognize the subrogation of the first Contracting Party to all the rights and claims (assigned claims) which the first Contracting Party is entitled to exercise to the same extent as its predecessor in title. Article 4, paragraphs 2 and 3, and article 5 shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments by virtue of the assigned claims.

Article 7

(1) Transfers under article 4, paragraphs 2 or 3, or articles 5 or 6 shall take place promptly at the exchange rate in force at the time.

(2) This rate must be equivalent to the cross rate resulting from the rates of exchange which the International Monetary Fund would take as a basis for converting the currencies in question into special drawing rights on the date of the transfer.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty result in general or specific rules entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Treaty, these rules, to the extent that they are more favourable, shall prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall honour any other obligation it has accepted with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made after 29 December 1990 by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the legislation of the latter.

Article 10

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall be settled, if possible, by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall be submitted to an arbitral tribunal, upon the request of either Contracting Party.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which either Contracting Party informs the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 have not been observed, in the absence of any other agreement, either Contracting Party may invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from making the appointments, the Vice-President shall make them. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from making the appointments, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make them.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decision by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the costs of the chairman and other costs shall be borne

in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make different arrangements concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are parties to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1 of the Convention, a dispute may not be brought before the arbitral tribunal provided for above if an agreement has been reached between the nationals or companies of one Contracting Party and the other Contracting Party under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of referring the matter to the arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention (article 27) is not complied with or in the event of an assignment of rights by virtue of law or a contract under article 6 of this Treaty.

Article 11

(1) Disputes regarding investments between one of the Contracting Parties and a national or company of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months from the time of its being raised by one of the parties to it, it shall be submitted to arbitration proceedings if the national or company of the other Contracting Party so requests. Unless the parties to the dispute decide otherwise, the provisions of article 10, paragraphs 3 to 5 shall be applied *mutatis mutandis*, on condition that the members of the arbitral tribunal are appointed by the parties to the dispute in pursuance of article 10, paragraph 3, and that if the periods specified in article 10, paragraph 3 are not observed, in the absence of any other agreements, either party to the dispute may invite the Chairman of the Court of Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the necessary appointments. The arbitration award shall be enforced in accordance with national law.

(3) A Contracting Party which is a party to the dispute shall not at any stage in the arbitration proceedings or enforcement of an arbitration award raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation from an insurance policy for part or all of the damage.

(4) If both Contracting Parties are also parties to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States,¹ the disputes referred to in this article shall be subject to arbitration proceedings within the framework of the aforementioned Convention, unless the parties to the dispute decide otherwise. Each Contracting Party hereby declares its consent to such proceedings.

Article 12

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

1. United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

Article 13

(1) This Treaty requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Vilnius.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for fifteen years; thereafter its validity shall be extended for an unlimited period unless denounced in writing by either of the Contracting Parties twelve months before its expiration. After the expiry of the fifteen-year period the Treaty may be denounced at any time with twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 12 shall continue to apply for a further period of fifteen years as from the date of termination of this Treaty.

Done at Bonn on 28 February 1992 in duplicate, in the German and Lithuanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

HANS-DIETRICH GENSCHER

For the Republic of Lithuania:

VYTENIS ALE KAITIS

PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania, the undersigned plenipotentiaries have further agreed on the following provisions which shall be regarded as an integral part of the Treaty:

(1) Ad Article 1

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom also, shall enjoy the same protection as the investment,

(b) Without prejudice to any other procedure to determine nationality, every person who possesses a national passport issued by the relevant authorities of the Contracting Party in question shall be deemed a national of that Contracting Party.

(2) Ad Article 2

(a) Investments made by nationals or companies of a Contracting Party in accordance with the legislation of the other Contracting Party and within its territory shall enjoy the full protection of the Treaty.

(b) The Treaty shall also apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf, insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or powers in those territories.

(3) Ad Article 3

(a) The following in particular, but not exclusively, shall be deemed "activities" within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, employment, use and enjoyment of an investment. The following in particular shall be deemed "less favourable" treatment within the meaning of article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, energy, fuels or productive or operational equipment of all kinds, or impeding the sale of products on the domestic or foreign market and other measures having similar effects. Measures which must be taken on grounds of public security and order, public health or morals shall not be deemed "less favourable" treatment within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 shall not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies domiciled in the territory of the other Contracting Party tax privileges, exemptions or reductions which, according to its tax laws, are granted solely to natural persons and companies domiciled in its territory.

(c) The Contracting Parties shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment and to remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall likewise be given sympathetic consideration.

(4) Ad Article 4

Entitlement to compensation shall also exist if, because of governmental measures, the enterprise in which the investment has been made is encroached upon and its economic value is thereby considerably impaired.

(5) Ad Article 5

The following is agreed with regard to the application of article 5 by the Republic of Lithuania:

(a) During a transitional period of three years as from the entry into force of this Treaty, the Republic of Lithuania shall use its best endeavours to make available the requisite foreign currency, in particular for the free transfer of returns. Irrespective thereof, compensation in pursuance of article 4 of this Treaty shall be freely transferable.

(b) Article 5 shall apply unrestrictedly after expiry of the transitional period referred to in subparagraph (a).

(6) Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been "promptly" carried out within the meaning of article 7, paragraph 1, if effected within the period of time normally required for compliance with transfer formalities. The period shall commence with the submission of a fully completed application in due and proper form and may under no circumstances exceed two months.

(7) Whenever goods or persons are to be transported in connection with an investment, a Contracting Party shall neither exclude nor hinder the transport enterprises of the other Contracting Party and shall, if necessary, issue permits as required to carry out the transport.

This shall include the transportation of:

(a) Goods which are directly intended for the investment within the meaning of the Treaty, or which are purchased in the territory of a Contracting Party or third State by an enterprise or by order of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty have been invested;

(b) Persons travelling in connection with an investment.

Done at Bonn on 28 February 1992 in duplicate, in the German and Lithuanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

HANS-DIETRICH GENSCHER

For the Republic of Lithuania:

VYTENIS ALE KAITIS

Exchanges of Notes

I

28 February 1992

Sir,

With reference to the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded today between the Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania, I have the honour to confirm that, in addition, during the negotiations, agreement was reached on the following:

Notwithstanding the provisions of article 9, the Treaty shall also apply to investments made by nationals or companies of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party before 29 December 1990, if these investments comply with the legislative provisions of that Contracting Party. This means in particular that investments in the Republic of Lithuania must be registered.

I would be grateful to you for your confirmation of this agreement.

Accept, Sir, etc.

VYTENIS ALE KAITIS
Minister for International Economic Relations

His Excellency
Mr. Hans-Dietrich Genscher
Federal Minister for Foreign Affairs
Bonn

II
THE FEDERAL MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

Bonn, 28 February 1992

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of the note of the Government of the Republic of Lithuania dated 28 February 1992 and reading as follows:

[See note I]

Accept, Sir, etc.

HANS-DIETRICH GENSCHER

His Excellency
Mr. Vytenis Alekaitis
of the Republic of Lithuania
Minister for International Economic Relations

III

Sir,

On the occasion of the signature of the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Republic of Lithuania and the Federal Republic of Germany, I have the honour to inform you of the following:

The Government of the Republic of Lithuania, having been informed that the relevant authorities of the Federal Republic of Germany are able to adopt measures to encourage investments in Lithuania by German investors even before the Treaty comes into force, will provisionally apply the Treaty as from the day on which it is signed. This declaration is made in the expectation that the Government of the Federal Republic of Germany will consider taking over guarantees for investments in Lithuania before the Treaty comes into force.

Accept, Sir, etc.

VYTENIS ALE KAITIS
Minister for International Economic Relations

His Excellency
Mr. Hans-Dietrich Genscher
Federal Minister for Foreign Affairs
Bonn

IV
THE FEDERAL MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

Bonn, 28 February 1992

Sir,

I have the honour to acknowledge the note of the Government of the Republic of Lithuania dated 28 February 1992 and reading as follows:

[See note III]

Accept, Sir, etc.

HANS-DIETRICH GENSCHER

His Excellency
Mr. Vytenis Alekaitis
Minister for International Economic Relations
of the Republic of Lithuania

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITE ENTRE LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE DE LITUANIE RELATIF A LA PROMOTION ET A LA
PROTECTION RECIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République de Lituanie, Souhaitant approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

Désireuses de créer des conditions favorables aux investissements des ressortissants ou des sociétés de chaque Etat sur le territoire de l'autre,

Reconnaissant que la promotion et la protection concertée de ces investissements peuvent stimuler l'initiative économique privée et accroître le bien-être des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme "investissement" désigne toutes les formes d'avoirs, notamment :

a) La propriété des biens meubles et immeubles, ainsi que tous autres droits réels, tels qu'hypothèques et gages;

b) Les droits de participation dans des sociétés et autres formes de participation dans des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle, tels que, notamment, les droits d'auteur, les brevets, les modèles déposés, les échantillons et modèles industriels, les marques, les noms commerciaux, les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle;

e) Les concessions de droit public, y compris les concessions relatives à la prospection et à l'extraction des ressources naturelles;

Les modifications du mode de placement des avoirs ne portent pas atteinte à leur qualité d'investissement au sens du présent Traité.

2. Le terme "revenus" désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période donnée, telles que participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, redevances, ou autres rémunérations du capital.

3. Le terme "ressortissants" désigne:

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

b) En ce qui concerne la République de Lituanie :

les personnes physiques possédant la nationalité lituanienne;

4. Le terme "sociétés" désigne:

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Les personnes morales ainsi que les sociétés commerciales ou autres sociétés ou associations ayant ou non la personnalité juridique, qui ont leur siège sur le territoire allemand, qu'elles exercent ou non une activité lucrative;

b) En ce qui concerne la République de Lituanie :

les entreprises ayant ou non la personnalité juridique qui ont leur siège sur le territoire lituanien, qu'elles exercent ou non une activité lucrative.

Article 2

1. Chacune des Parties contractantes encourage dans la mesure de ses possibilités les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante et admet ces investissements conformément à sa législation. Elle leur assure dans tous les cas un traitement juste et équitable.

2. Aucune des Parties contractantes ne portera préjudice sur son territoire à l'administration, à l'utilisation, à l'emploi ou à la mise à profit des investissements par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, d'une manière quelconque, au moyen de mesures arbitraires ou discriminatoires.

Article 3

1. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux investissements appartenant à des ressortissants ou à des sociétés de l'autre Partie contractante, ou dépendant de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante, un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres ressortissants ou sociétés ou des ressortissants et des sociétés d'Etats tiers.

2. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux activités des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie se rapportant à leurs investissements un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux activités de ses propres ressortissants ou sociétés ou des ressortissants ou sociétés d'Etats tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou aux sociétés de pays tiers pour participer à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre échange ou en raison de leur association avec de tels groupements.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les avantages qu'une Partie contractante pourrait accorder aux ressortissants ou aux sociétés d'Etats tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords en matière fiscale.

Article 4

1. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. L'indemnisation doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle aura été annoncée publiquement la nationalisation ou la mesure équivalente. L'indemnité devra être versée sans retard et sera productrice d'intérêts jusqu'à la date du paiement aux taux d'intérêts bancaires usuels; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard à la date de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures équivalentes, les dispositions voulues devront être prises pour fixer le montant de l'indemnisation et en effectuer le versement. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou autres mesures équivalentes et le montant de l'indemnisation doivent pouvoir faire l'objet d'une vérification au cours d'une procédure judiciaire régulière.

3. Les ressortissants ou les sociétés de l'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres ressortissants et sociétés en matière de restitutions, de dédommagements, d'indemnités ou autres modes de règlements. Ces montants seront librement transférables.

4. En ce qui concerne les questions de réglementation dans le cadre du présent article, les ressortissants ou les sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou aux sociétés de l'autre Partie le libre transfert des paiements en rapport avec un investissement, notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) Le remboursement des prêts;
- d) Le produit de l'investissement en cas de liquidation ou d'aliénation totale ou partielle;
- e) Les indemnités visées à l'article 4.

Article 6

Si l'une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses ressortissants ou l'une de ses sociétés, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie l'article 10, la cession de tout droit ou créance de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie contractante, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. L'autre Partie contractante reconnaît en outre la subrogation de la première Partie contractante dans lesdits droits et créances (créances cédées), que la première Partie est en droit d'exercer dans la même mesure que le ferait le prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 sont applicables, mutatis mutandis, au transfert des paiements à effectuer en vertu des droits transférés.

Article 7

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et aux articles 5 et 6 seront effectués sans retard au cours en vigueur.

2. Ce cours devra correspondre au taux croisé découlant des taux sur lesquels le Fonds monétaire international se baserait pour calculer les monnaies respectives en droits de tirage spéciaux à la date du paiement.

Article 8

1. S'il résulte des dispositions législatives de l'une des Parties contractantes ou d'obligations, actuelles ou futures, découlant du droit international en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière en vertu de laquelle doit être accordé aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui qui est prévu dans le présent Traité, ladite réglementation prévaut sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 9

Le présent Traité s'applique également aux affaires en matière d'investissements conclues par des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre conformément aux dispositions législatives de cette dernière depuis le 29 décembre 1990.

Article 10

1. Les différends qui pourraient surgir entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être résolu de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral sera constitué sur une base ad hoc; chaque Partie contractante désignera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour désigner en tant que président un ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois, et le président dans un délai de trois mois, à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus n'ont pas été observés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations voulues. Si le Vice-Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre de grade immédiatement inférieur de la Cour internationale de Justice, qui n'est le ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le tribunal arbitral se prononce à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire.

Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à part égale entre les Parties contractantes. Le tribunal peut ordonner une répartition différente des frais. A tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats¹, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, si le ressortissant ou la société de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

Article 11

1. Les différends qui pourraient surgir entre l'une des Parties contractantes et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante au sujet des investissements devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable entre les parties au litige.

2. Si un différend ne peut être résolu dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties l'aura soulevé, il sera soumis à une procédure d'arbitrage à la demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où les parties au litige n'en sont pas convenues autrement, seront applicables, mutatis mutandis, les dispositions des paragraphes 3 à 5 de l'article 10, sous réserve que les parties au litige désigneront les membres du tribunal arbitral et que, si ne sont pas observés les délais mentionnés au paragraphe 3 de l'article 10, chacune des parties au litige pourra, faute d'autres dispositions, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de commerce internationale de Paris de procéder aux désignations voulues. La sentence arbitrale sera exécutée selon les dispositions de la législation interne.

3. La Partie contractante partie au litige ne fera pas valoir au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante a obtenu au titre de l'assurance une indemnisation pour une partie ou la totalité du dommage.

4. Au cas où des deux Parties contractantes deviennent également parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends entre Etats et ressortissants d'autres Etats, les différends visés dans le présent article seront soumis à une procédure arbitrale dans le cadre de ladite Convention, à moins que les parties au litige n'en conviennent autrement; chacune des Parties contractantes accepte de procéder ainsi.

Article 12

Le présent Traité est applicable indépendamment de l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

Article 13

1. Le présent Traité est soumis à ratification; l'échange des instruments de ratification aura lieu à Vilnius dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il demeurera en vigueur pendant une période de 15 ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit de douze mois avant son expiration. Au bout de 15 ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment avec préavis de douze mois.

3. Les dispositions des articles 1 à 12 du présent Traité continueront de s'appliquer aux investissements réalisés avant la date de l'expiration du présent Traité pendant 15 ans encore après la date à laquelle le présent Traité aura cessé de produire ses effets.

Fait à Bonn le 28 février 1992, en deux exemplaires en allemand et en lituanien, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

HANS-DIETRICH GENSCHER

Pour la République de Lituanie:

VYTENIS ALESKAITIS

PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lituanie relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont également convenus des dispositions suivantes, qui font partie intégrante du Traité :

1. Au sujet de l'article premier

a) Les revenus d'un investissement et ceux afférents à leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement lui-même.

b) Sans préjudice des autres procédures relatives à l'établissement de la nationalité, est notamment considérée comme ressortissant d'une Partie contractante toute personne possédant un passeport national délivré par une autorité compétente de la Partie contractante concernée.

2. Au sujet de l'article 2

a) Les investissements effectués conformément à la législation d'une Partie contractante sur le territoire de cette dernière par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante jouissent de la protection complète du présent Traité.

b) La validité du présent Traité s'étend à la zone économique exclusive et au plateau continental sur lesquels la Partie contractante respective peut exercer des droits souverains et la compétence territoriale conformément au droit international.

3. Au sujet de l'article 3

a) Par "activités" au sens du paragraphe 2 de l'article 3, on entend en particulier, mais non exclusivement, l'administration, l'emploi, l'utilisation et la mise à profit d'un investissement. Par "traitement moins favorable" au sens de l'article 3, on entend en particulier : les restrictions à l'achat de matières premières et des matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tous types, les entraves à la vente de produits dans le pays et à l'étranger et toute mesure ayant des effets analogues. Les mesures adoptées pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de moralité ne sont pas considérées comme traitement "moins favorable" au sens de l'article 3.

b) Aux termes des dispositions de l'article 3, une Partie contractante n'est pas tenue d'accorder aux personnes physiques et aux sociétés sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux dont la législation fiscale dispose uniquement à l'égard des personnes physiques et des sociétés domiciliées sur son territoire.

c) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes d'entrée et de séjour émanant de personnes de l'autre Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de la première Partie contractante; la même règle sera d'application pour les salariés d'une Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

4. Au sujet de l'article 4

L'investisseur a droit à indemnisation même en cas d'intervention de la puissance publique dans l'entreprise à laquelle il participe, et lorsque cette intervention cause un préjudice économique notable à son investissement.

5. Au sujet de l'article 5

Pour l'application de l'article 5 dans la République de Lituanie, il est convenu de ce qui suit :

a) Pendant une période de transition de trois ans après l'entrée en vigueur du présent Traité, la République de Lituanie fera tout son possible pour procurer les devises nécessaires au libre transfert des paiements, en particulier au transfert des revenus. Indépendamment de cela, les indemnisations visées à l'article 4 du Traité sont librement transférables.

b) Une fois la période de transition susmentionnée écoulée, l'article 5 s'appliquera sans restriction.

6. Au sujet de l'article 7

On considère que le transfert est effectué "sans retard" au sens du paragraphe 1 de l'article 7 lorsqu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai, qui ne pourra en aucun cas excéder deux mois, commencera à courir au moment de la remise d'une demande en bonne et due forme.

7. Pour ce qui est du transport de marchandises et de personnes, dans le cadre de la réalisation d'investissements, les Parties contractantes n'interdisent pas et n'entravent pas les activités des sociétés de transport de l'autre Partie contractante et, en tant que de besoin, accordent les autorisations nécessaires pour l'exécution des transports.

Ceci concerne le transport :

a) Des marchandises qui sont destinées directement à un investissement au sens du présent Traité ou qui sont achetées sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un Etat tiers par ou sur ordre d'une entreprise où sont investis des avoirs au sens du présent Traité;

b) Des personnes voyageant à l'occasion d'un investissement.

Fait à Bonn le 28 février 1992, en deux exemplaires en allemand et en lituanien, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

HANS-DIETRICH GENSCHER

Pour la République de Lituanie:

VYTENIS ALESKAITIS

Échanges de Notes

I

Le 28 février 1992

Monsieur le Ministre,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lituanie relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, j'ai l'honneur de déclarer que, lors des négociations, il a également été convenu des dispositions suivantes :

A la différence de ce qui est énoncé à l'article 9, le Traité s'applique aussi aux investissements que les ressortissants ou les sociétés d'une Partie contractante ont effectués avant le 29 décembre 1990 sur le territoire de l'autre Partie contractante si ces investissements ont été réalisés conformément à la législation de cette dernière Partie. Cela signifie en particulier que les investissements doivent être enregistrés dans la République de Lituanie.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer ces dispositions.

Veillez agréer, etc.

Le Ministre des relations économiques internationales
de la République de Lituanie,
VYTENIS ALESKAITIS

Son Excellence
M. Hans-Dietrich Genscher
Ministre des affaires étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Bonn

II

LE MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Bonn, le 28 février 1992

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note de ce jour, dont le texte est le suivant :

[Voir note I]

Veillez agréer, etc.

HANS-DIETRICH GENSCHER

Son Excellence
M. Vytenis Aleskaitis
de la République de Lituanie
Ministre des relations économiques internationales

III

Monsieur le Ministre,

Comme suite à la signature du Traité entre la République de Lituanie et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit :

Le Gouvernement de la République de Lituanie, après avoir pris connaissance du fait que les autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne peuvent accorder aux investisseurs allemands des mesures pour promouvoir les investissements en Lituanie avant l'entrée en vigueur du Traité, appliquera le Traité dès la date de sa signature. Cette déclaration est faite en attendant que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne considère l'adoption de garanties pour les investissements en Lituanie avant l'entrée en vigueur du Traité.

Veillez agréer, etc.

Le Ministre des relations économiques
internationales de la République de Lituanie,
VYTENIS ALESKAITIS

Son Excellence
M. Hans-Dietrich Genscher
Ministre des affaires étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Bonn

IV

LE MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Bonn, le 28 février 1992

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note de ce jour, dont le texte est le suivant :

[Voir note III]

Veillez agréer, etc.

[HANS-DIETRICH GENSCHER]

Son Excellence

M. Vytenis Aleskaitis

Ministre des relations économiques internationales
de la République de Lituanie